

Das

# **Konzentrations- lager Osthofen**

1933/34

Herausgeber:  
Förderverein Projekt Osthofen e.V.

Die Herstellung der Publikation wurde finanziell unterstützt durch Mittel der  
– Europäischen Kommission  
– Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Text:  
Susanne Urban-Fahr  
Angelika Arenz-Morch

Projektleitung  
Heribert Fachinger

Druck:  
Rhein Hessische Druckwerkstätte, Alzey

Osthofen 2000

# Das Konzentrationslager Osthofen

## Eine Bahnfahrt

Frühjahr 1933: Die Bahnlinie Mainz-Worms wird Tag für Tag stark befahren, die Züge halten an den Bahnhöfen in Oppenheim, Bodenheim und auch in Osthofen.

Worms und Mainz sind Städte, die auf eine lange, ereignisreiche Geschichte zurückblicken können - und auch jüdische Gemeinden sind seit Jahrhunderten in den zwei Städten am Rhein ansässig.

Seit Ende Januar wehen in diesen Städten Hakenkreuzfahnen, in einigen Jahren werden die jüdischen Gemeinden zerstört, viele ihrer Mitglieder vertrieben oder ermordet sein. Noch scheint in diesem Frühjahr des Jahres 1933 alles relativ ruhig zu sein. Die Machtübernahme der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) am 30. Januar 1933 hat zwar Teile der deutschen Bevölkerung in Unruhe versetzt, manche Menschen wissen auch um die Gefahr, die von den Nazis ausgeht, doch nicht wenige Deutsche hoffen auf „bessere Zeiten“, auch um den Preis der Unfreiheit.

Manche derer, die sich bedroht fühlen, möchten glauben, dass der „braune Spuk“ bald vorbei sein wird. Andere wieder, vor allem Juden und die politischen Gegner der Nazis, befürchten, dass sich die Situation zuspitzen, weiter verschlimmern könnte. Kommunisten, Sozialdemokraten und Linksliberale organisieren bereits ersten Widerstand, es werden Flugblätter gedruckt, man entwickelt Strategien, um den Kampf gegen die Nazis aufzunehmen. Wieder andere – politisch Engagierte, Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler – fliehen ins Ausland, nach Frankreich, in die Tschechoslowakei, entscheiden sich, ihre Heimat zu verlassen. Im Exil

hofften die Emigranten auf Freiheit und Möglichkeiten, den Widerstand von dort aus zu organisieren. Doch das Leben im Exil war von wirtschaftlicher und politischer Unsicherheit geprägt, es brauchte u.a. Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, um überhaupt dauerhaft in einem Land bleiben zu können. Der Preis, den die Emigranten für ein Leben im Exil zahlten, war hoch. Es ist Frühling 1933: Bahnreisende, die den Zug zwischen Mainz und Worms nehmen, werden den schönen Industriebau der ehemaligen Papierfabrik in Osthofen kaum übersehen können. An der Fassade des Gebäudes ist seit April 1933 der Schriftzug „Konzentrationslager Osthofen“ angebracht. Am 6. März 1933 war das Lager von örtlichen Nationalsozialisten eingerichtet worden. Jeder konnte dies sehen und lesen, ob vom Zugfenster aus, als Anwohner oder als Spaziergänger. Im Mai sowie September 1933 erschienen in den Lokalzeitungen zudem ausführliche Artikel über das Konzentrationslager (KZ) in Osthofen, die weit über die mittlerweile alltäglichen Meldungen anlässlich von Verhaftungen hinausgingen.

Die Existenz des KZ in Osthofen wurde nicht verheimlicht. Hier zeigt sich, wie vielerorts, ganz deutlich, dass es kaum möglich war, nach 1945 zu sagen: „Ich habe von all dem nichts gewusst.“ Verfolgung, aber auch Widerstand fanden im wahrsten Sinne des Wortes vor der eigenen Haustür statt, und es waren eben nicht nur Politiker oder Intellektuelle, sondern u.a. auch Handwerker, Arbeiter, Angestellte, die von dem Strudel der politischen und „rassischen“ Verfolgung erfasst wurden. Es waren Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen, die verhaftet und deportiert wurden. Viele der Verhafteten kehrten in den ersten Jahren der NS-Herrschaft nach



Außenansicht des KZ Osthofen

Foto: Förderverein Projekt Osthofen e.V.

Hause zurück, in der Regel stiller als zuvor. Das nationalsozialistische Lager- und Gefängnisssystem überzog, einem Spinnennetz gleich, ganz Deutschland. In jeder größeren Stadt residierte die Gestapo (**Ge**heime **Sta**ats**pol**izei), unterstützt von den verschiedenen Zweigen der Polizei, die seit 1936 direkt Heinrich Himmler, dem „Reichsführer SS“ (RFSS), unterstanden. Es gab Folterkeller in jeder Stadt, zudem gab es Hunderte und Aberhunderte Außenlager der bekanntesten Konzentrationslager. Nicht nur in Berlin oder München, Warschau oder Minsk tobte sich die menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus aus, sondern überall, in ganz Deutschland, also auch in Ingelheim oder Neustadt, Trier oder Osthofen.

Das Lagersystem gehörte zwischen 1933 und 1945 zum deutschen Alltag. Die Kommandan-

ten der verschiedenen Lager im „Reichsgebiet“ – ohne die okkupierten Länder – waren anfangs keine anonymen, z.B. aus Berlin nach Osthofen beordnete Funktionäre. Erst später wurden die Wachmannschaften in Berlin zusammengestellt.

Bahnhof Osthofen – eine der ersten Stationen auf dem Weg zur Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft und der „Ausschaltung“ seiner Gegner.

### **Das nationalsozialistische Lagersystem**

Das Lagersystem Nazi-Deutschlands war zunächst auf das Reichsgebiet beschränkt, doch es dehnte sich im Laufe der kommenden zwölf Jahre immer weiter aus und erstreckte sich

schließlich über ganz Europa. Es gab verschiedene Lagertypen, wobei die Bezeichnung „Konzentrationslager“ als Oberbegriff verstanden werden kann. Die ersten Lager des NS-Staates wurden als „Sammellager“, „Schutzhaftlager“ oder auch „Erziehungslager“ bezeichnet. Erst ab der zweiten Märzhälfte 1933 setzte sich die Bezeichnung „Konzentrationslager“ durch, ein scheinbar unverfänglicherer Begriff.

Zu dieser „Ordnung des Terrors“ (Sofsky 1997) durch Lager gehörten:

- Arbeitslager
- Durchgangslager
- Konzentrationslager
- Kriegsgefangenenlager
- Vernichtungslager in Osteuropa
- Zwangsarbeiterlager
- sowie weitere kleinere Lagertypen, u.a. für Kinder und Babys von Zwangsarbeiterinnen aus Osteuropa.

Die Geschichte der nationalsozialistischen Lager lässt sich in drei Perioden gliedern (Enzyklopädie des Holocaust, 2. Auflage 1998, S.785), in denen die Lager unterschiedliche Funktionen hatten. Grundsätzlich blieb jedoch in der gesamten Zeit, von 1933 bis 1945, das Ziel vorherrschend, in den Lagern politische Gegner und in der nationalsozialistischen Ideologie als „minderwertig“ eingestufte Personen zu inhaftieren. Was sich änderte, war die Behandlung der solchermaßen Eingesperrten und damit die immer differenziertere Aufgliederung der Lager. Es bleibt festzuhalten, dass die Lager einen zentralen Bestandteil dieses menschenverachtenden Herrschaftssystems bildeten. Bereits kurz nach der Machtübergabe an die Nazis entstanden die ersten KZ. Wie so oft, nutzte die Parteispitze auch hier ein scheinbar die innere Sicherheit Deutschlands bedrohendes Ereignis, um gegen ihre Gegner mit unerbittlicher Härte vorzugehen. In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 brannte in Berlin der Reichstag – nur einen Monat nach der Machtübergabe an die Nazis und wenige Tage vor den Reichstagswahlen, die für den 5. März angesetzt waren. Es ist

bis heute nicht geklärt, wer den Brand gelegt hatte. Die NS-Propaganda verkündete, die Kommunisten hätten den Reichstag angezündet. Der als Einzeltäter verhaftete holländische Kommunist Marius van der Lubbe wurde gesetzwidrig hingerichtet, das Todesurteil wurde nachträglich legalisiert (qua Gesetz, dem so genannten „Lex van der Lubbe“). Es existiert zudem bis heute der Verdacht, dass die Nazis das Feuer im Reichstag selber gelegt hatten.

Adolf Hitler überzeugte am 28. Februar Reichspräsident Paul von Hindenburg, eine – bereits seit längerer Zeit vorbereitete – Notverordnung zum „Schutz von Volk und Staat“ und „gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe“ zu unterzeichnen; diese wurde auch als „Reichstagsbrandverordnung“ bezeichnet und war bis 1945 in Kraft. Durch sie wurden folgende demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt:

- Freiheit der Person
  - Meinungsfreiheit
  - Pressefreiheit
  - Vereins- und Versammlungsfreiheit
  - Post- und Fernsprechgeheimnis
  - Unverletzlichkeit von Eigentum und Wohnung.
- Menschen, die der Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Staat verdächtigt wurden, konnten in so genannte „Schutzhaft“ genommen werden. Dieser zynische Begriff lässt vermuten, dass man dementsprechend nicht nur die Gesellschaft vor den Gegnern des NS-Regimes schützen müsse, sondern die Inhaftierten auch vor dem „Volkszorn“ bewahren wollte.

Neben den bereits vorhandenen Gefängnissen wurden daher von der SA (**S**turm**a**bteilung) und der SS (**S**chutz**s**taffel, Leibstandarte Adolf Hitler), die zum „polizeilichen Hilfsdienst“ herangezogen wurden, auch „Privatgefängnisse“ und „wilde Lager“ eingerichtet. Ihre genaue Zahl ist bis heute nicht bestimmbar. Hinzu kamen die offiziell eingerichteten Lager.

Von 1933 bis 1936 dienten die KZ dazu,

- die Diktatur durchzusetzen und zu stabilisieren.

Dazu wurden vor allem

- ideologische/ politische Gegner/ Widerstandskämpfer inhaftiert, um
- die politischen Gegner des Systems und die politische Opposition auszuschalten
- oder sie zumindest auf Dauer einzuschüchtern.

Außerdem kam es durch und in den frühen KZ – zu ersten organisierten Ausschreitungen gegen Juden.

Juden, zunächst auch als „Politische“ eingeliefert, machten bereits in den ersten Jahren der NS-Herrschaft 10 Prozent der Häftlinge aus – obgleich sie weniger als 1 Prozent der deutschen Bevölkerung stellten. Juden befanden sich von Beginn an in besonderer Gefahr und es wurde oftmals gar nicht nach einem „Grund“ gesucht, um einen Juden zu verhaften – es reichte aus, dass es ein Jude war.

Das KZ in Osthofen war für die Ausschaltung oppositioneller Kräfte vorgesehen. Betroffen waren vor allem Mitglieder der KPD und SPD.

Seit Herbst 1933 wurden in den KZ vereinzelt auch so genannte Landstreicher oder mehrfach Vorbestrafte inhaftiert.

Im Juli 1933 befanden sich etwa 27.000 Menschen in den KZ (Enzyklopädie des Holocaust, S.785). Nach der Schließung verschiedener als „Schutzlager“ bezeichnete KZ im Sommer 1934, so auch des KZ Osthofen, sank die Anzahl der Häftlinge 1935 nach amtlichen Angaben auf etwa 7.000 bis 9.000 Menschen. Der Anteil der aus politischen Gründen eingesperrten Insassen betrug nun noch 75 Prozent (Enzyklopädie des Holocaust, 1998, S.786).

Der nationalsozialistische Staat hatte sich weitgehend gefestigt, denn Angst auf der einen und Anpassung auf der anderen Seite hatten trotz des vorhandenen Widerstandes zu einer weitgehenden Festigung des nationalsozialistischen Staates geführt. Daher war zunächst sogar über eine völlige Auflösung des Lagersystems nachgedacht worden, doch Hitler machte der Diskus-

sion ein Ende, indem er die Befürworter der KZ offen unterstützte.

Nachdem Heinrich Himmler im Frühjahr 1934 bereits die Leitung der KZ übernommen hatte, wurde nach Ausschaltung der SA der SS am 4. Juli 1934 der alleinige Befehl über die KZ übertragen. Himmler machte Theodor Eicke, den Kommandanten des am 20. März 1933 errichteten KZ Dachau, zum „Inspekteur der Konzentrationslager und SS-Wachverbände“. Der Dachauer Terror machte quasi Schule. Eicke arbeitete eine eigene Lagerordnung aus, durch die jegliche Strafgesetzzordnung außer Kraft gesetzt wurde. Alle Lager, die nun noch entstanden, wurden nach dem Muster des KZ Dachau organisiert.

Seit 1936 verschärfte sich die Situation und es wurden nun auch verstärkt Angehörige anderer Gruppen verhaftet, die nicht in das Ideal eines nationalsozialistischen Staates hineinpassten. Zu den von Himmler zur Inhaftierung bestimmten Gruppen gehörten:

- Bibelforscher (Zeugen Jehovas)
- Homosexuelle
- Kirchenleute, die sich der Ideologie widersetzen
- Sinti und Roma
- so genannte „Berufsverbrecher“.

Die KZ dienten dazu, jegliche Opposition zu unterbinden; darüber hinaus aber auch der Isolierung sozialer Außenseiter.

Ab März 1937 wurden in der als „Asozialen-Aktion“ bezeichneten Verhaftungswelle beispielsweise Prostituierte, psychisch Kranke oder Arbeitslose in „Vorbeugehaft“ genommen.

Die Zahl der Häftlinge stieg dementsprechend wieder an, waren es Anfang 1937 etwa 7.500 gewesen, wurden im Oktober 1938 bereits wieder 24.000 Menschen in KZ gequält – nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 war es zu Massenverhaftungen gekommen. Im November 1938, nach den Pogromen gegen die Juden („Kristallnacht“), wurden etwa 30.000 Juden in KZ (vornehmlich Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen) deportiert. Viele rheinhes-

sische Juden kamen in das KZ Buchenwald. Zur Jahreswende 1938/ 39 waren daher bis zu 60.000 Menschen in den KZ eingesperrt. Durch Entlassungen vor allem der Juden, die sich zur sofortigen Auswanderung verpflichten mussten, sank die Zahl der Häftlinge bis Mitte 1939 auf etwa 22.000. Mit dem Überfall Deutschlands auf Polen – dem Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 – und den Verhaftungen in den okkupierten Ländern, den Kriegsgefangenen usw. stieg die Zahl der Einlieferungen jedoch wieder sprunghaft an. Auch verschärfte sich die Haftsituation im Zuge des Krieges zusehends (Sofsky 1997, S. 48). Bis Sommer 1942 befanden sich ständig rund 60.000 Menschen in den KZ. 1939 entstand auch das spätere SS-Sonderlager/ KZ Hinert bei Trier/ Hermeskeil im heutigen Rheinland-Pfalz.

Im Zuge des Vormarsches der deutschen Wehrmacht wurden aus den okkupierten Staaten unzählige Menschen in die KZ verschleppt:

- Juden
- Sinti und Roma
- intellektuelle und politische Widersacher des Nationalsozialismus
- die polnische Intelligenz
- aktive Widerstandskämpfer
- Kriegsgefangene, vor allem aus der Sowjetunion

Hinzu kam die willkürliche Ergreifung vieler Menschen als Zwangsarbeiter, die nach Deutschland deportiert und dort systematisch zur Steigerung der kriegswirtschaftlichen Produktion ausgebeutet wurden.

Manche der Zwangsarbeiter und viele der KZ-Häftlinge wurden so lange zur Arbeit gezwungen, bis sie an Erschöpfung starben – dies wird auch als „Vernichtung durch Arbeit“ bezeichnet. Entlassungen gab es kaum noch, die Ausbeutung und Ermordung der Häftlinge wurde zur Selbstverständlichkeit. Der Anteil der deutschen Insassen sank auf 10 bis 5 Prozent. Seit 1940 wurden etliche neue und große Lager errichtet, und mit dem Bau des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz im April 1940 erhiel-

ten die KZ eine neue Dimension. Dass der gezielte Mord an den genannten Gruppen ein Kriegsziel wurde, hatte sich bereits im Verlauf des „Russland-Feldzuges“, also nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 gezeigt, als die „Einsatzgruppen“ tausende Menschen umbrachten.

Im März 1942 wurde die „Inspektion der KZ“ dem neu erschaffenen Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA) der SS unter Oswald Pohl unterstellt, der jedoch Himmler verantwortlich blieb. Das WVHA war für die Unternehmen der SS zuständig, also auch für die Ziegeleien und Fabriken, in denen die KZ-Häftlinge ausgebeutet wurden.

Ende des Jahres 1941 wurde im polnischen Chelmno ein Vernichtungslager errichtet, dort kam es zu Massenvergasungen. Auf Grund des Krieges gegen die UdSSR, die Pläne zur Vernichtung der Juden Europas und die organisatorische Umstrukturierung des KZ-Systems ist es möglich, ab Anfang bis Mitte 1942 von der dritten Phase in der Geschichte der nationalsozialistischen Lager zu sprechen. Es war ein langsamer Übergang, der das Lagersystem nochmals brutalisierte und trotz der systematischen Morde an den Insassen insgesamt zu einem rasanten Anstieg der Häftlingszahlen führte. Im August 1942 waren schon etwa 115.000 Menschen in den KZ zusammengepfercht, die Deportationen und Einlieferungen rissen nicht ab, so dass sich gegen Ende des Krieges mehr als die sechsfache Zahl an Häftlingen in den KZ befand.

Chelmno oder Treblinka wurden zu Zentren des systematischen und millionenfachen Mordes zunächst an Juden, später auch an Sinti und Roma. Die meisten dieser „Todesfabriken“ gehörten, im Gegensatz zu Auschwitz und Auschwitz-Birkenau, deswegen nicht zum WVHA, weil die Menschen gar nicht erst ausgebeutet, sondern gleich ermordet wurden. Zwischen 1942 und 1945 wurden Menschen aus ganz Europa, allen voran Juden und Widerstandskämpfer, zudem Polen und Bürger der Sowjetunion, nun aber

auch nochmals verstärkt Sinti und Roma unter brutalsten Bedingungen in den KZ gefangen gehalten. Die Behandlung der Insassen verschlechterte sich zusehends, weshalb die Todesfälle, die unabhängig von der Tötung in Gaskammern zu verzeichnen waren, erheblich zunahmen.

Ab Herbst 1944 wurden die Lager in Osteuropa nach und nach aufgelöst und die Häftlinge in andere Lager verlegt, die auf deutschem oder österreichischem Gebiet waren. Weil die geschwächten und geschundenen Menschen den Weg beispielsweise von dem KZ Gross-Rosen (Schlesien) in das KZ Mauthausen (Österreich) zumindest teilweise zu Fuß zurücklegen mussten, wird für diese letzten Verschleppungen der Begriff „Todesmärsche“ verwendet.

Wegen dieser Todesmärsche befanden sich trotz der Befreiung von KZ wie Majdanek oder Auschwitz bei Kriegsende 1945 immer noch

mehr als 700.000 Menschen in den Lagern des „Reichsgebietes“, also Deutschlands und Österreichs. Es waren überwiegend ausländische Häftlinge.

Etwa zwei Drittel aller Menschen, die zwischen 1933 und 1945 in ein KZ eingeliefert wurden, überlebten das Lager nicht. Zusammen mit jenen, die sofort nach ihrer Ankunft in einem Lager ermordet wurden, kommt man auf eine Zahl von mehr als vier Millionen Menschen, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern umgekommen sind – ermordet wurden.

Das KZ Osthofen, das nur relativ kurze Zeit existierte, markierte den Beginn dieser zunehmend brutalen Entwicklung. In Osthofen kam nach bisherigen Erkenntnissen niemand ums Leben. Einige derer, die dort inhaftiert waren, überlebten die Jahre des NS-Terrors trotzdem nicht, sondern endeten in Strafbataillonen oder anderen KZ und Vernichtungslagern.



*Bilder vom Pressebesuch im Konzentrationslager Osthofen. Von links nach rechts: Staatskommissar Dr. Best, Polizeidirektor von Worms Jost, Sturmbannführer Lagerleiter d'Angelo*

Niersteiner Rheinwarte vom 6. Mai 1933



## **März 1933: Das Konzentrationslager Osthofen wird errichtet**

Im Zuge der groß angelegten Razzien im Anschluss an den Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 gingen die Nationalsozialisten vor allem gegen Funktionäre und Mitglieder der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei sowie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) vor. Den beiden Parteien, KPD und SPD, wurde der weitere Wahlkampf verboten, so dass die anstehenden Wahlen von vornherein einer Manipulation unterlagen.

Juden, die sich politisch hervorgetan hatten, waren gewissermaßen zweifach „schuldig“: Als Juden und als „Politische“.

Den „wilden KZ“, die unmittelbar nach dem Reichstagsbrand entstanden waren, gesellten sich in den kommenden Wochen die offiziellen Lager zur Seite. Dazu gehörte nach einiger Zeit auch das KZ Osthofen. Zwar trat erst zum 1. Mai 1933 eine Anordnung des Volksstaates Hessen in Kraft, mit der die Schaffung des KZ in Osthofen festgelegt wurde, doch mit Datum vom 2. April 1933 meldete die „Nationale Tageszeitung für Mittelrheinhessen“, die „Niersteiner Rhein-Warte“ einen Tag später seine Errichtung: „Seit dem gestrigen Tag ist in der Papierfabrik ein Konzentrationslager für politische Gefangene eingerichtet. Es kommen täglich neue Transporte von Gefangenen hinzu, so dass weitgehendste Überwachungsmaßnahmen getroffen werden mussten. Die Gefangenen, meistens der Polizei bestens bekannte Kommunisten, haben die Verpflegung selbst durchzuführen.“ Die hessische Landesregierung protestierte zwar im April gegen diese Verlautbarung, doch letztlich lief es doch darauf hinaus, dass aus einem „wildem KZ“ nachträglich eine offiziell legalisierte Einrichtung wurde.

Anträge verfolgter Sozialdemokraten auf „Wiedergutmachung“ verweisen sogar eindeutig auf ein noch früheres Datum der Inbetriebnahme des Lagers. Bereits unmittelbar nach den März-

wahlen, am 6. März, war die SPD-Stadtratsfraktion der Stadt Osthofen kurzzeitig in der stillgelegten Papierfabrik festgehalten worden. Am 8. März wurde Johann Beckenbach aus Framersheim/Rheinhessen verhaftet. Er war Gründer und Zugführer der Ortsgruppe der zwar überparteilichen und demokratischen, aber von bürgerlichen Linksparteien dominierten Vereinigung „Reichsbanner Schwarz Rot Gold“, einer politischen Selbstschutzorganisation. Beckenbach war nach 1945 Landtagsabgeordneter der SPD. Er schrieb in seinen Erinnerungen „Das ‚Dritte Reich‘ – Wie es war“ (Mainz 1983), dass er am 9. März 1933 gemeinsam mit „ca. 20 Mann [...] in das neu errichtete Lager nach Osthofen transportiert“ wurde. Als Häftling wurde Beckenbach Zeuge der Verzweiflung eines Mitgefangenen: „Bei dem Führer der Demokraten von Framersheim, Edmund Scheuer, der nachfolgend in den zweiten Schweinestall neben mir eingeliefert wurde, ging es nicht so glatt ab, wie man an den blauen Flecken an Kopf, Händen und Gesicht feststellen konnte. Er verlangte ein Messer von mir, um sich die Pulsadern durchzuschneiden, wovon ich ihn aber abbrachte.“

In der Verordnung vom 1. Mai wurde festgelegt, dass in dem KZ des Landes Hessen, zu dem auch die Provinz Rheinhessen gehörte, „alle aus politischen Gründen in Polizeihaft genommenen Personen unterzubringen sind, deren Haft bereits länger als eine Woche dauert oder über eine Woche ausgedehnt werden soll [...]“.

Verantwortlich für die Schaffung des KZ war der nach den Wahlen – die im Übrigen der NSDAP 43,2 Prozent der Stimmen brachten – zum Sonderkommissar für die hessische Polizei ernannte Dr. Werner Best. In den „Boxheimer Dokumenten“ (benannt nach dem „Boxheimer Hof“ zwischen Bürstadt und Lampertheim, östlich von Worms) aus dem Jahre 1931, werden strategische Überlegungen für den Fall angestellt, dass die SA nach einem kommunistischen Umsturzversuch in einem zusammenhängenden Gebiet die Macht erlangt hätte. Widerstand sollte grund-

sätzlich mit dem Tode bestraft werden. Diesem Dr. Best, der im Juni 1933 auch Kreisleiter der NSDAP in Mainz und Bingen war, unterstand nun das KZ Osthofen. Er ernannte den SS-Sturmbannführer und zeitweisen NSDAP-Ortsgruppenvorsitzenden Karl d'Angelo zum „ehrenamtlichen Leiter des Hessischen Konzentrationslagers“. Festgelegt wurde auch: „Der Lagerdienst wird durch Hilfspolizeibeamte ausgeführt, die vom Polizeiamt Worms einberufen“ wurden. Dieses Amt war auch zuständig für die Ausarbeitung einer Lagerordnung.

Ohne gerichtliche Verhandlung oder Urteil wurden hier, wie in allen KZ, Menschen eingesperrt, deren „Schutzhaft“ als notwendig erachtet wurde. In der Ingelheimer Zeitung vom 8. Mai 1933 hieß es dementsprechend zynisch: „[...] in einigen Fällen war die Schutzhaft nötig, um die Betroffenen selbst vor Angriffen und Verletzungen zu schützen[...]“

Weder die Verhaftungen noch die Razzien wurden vor der Bevölkerung geheimgehalten, und auch die Zeitungen berichteten ausführlich darüber, wo wer festgenommen worden war. Eine solche Notiz konnte z.B. lauten: „Schornsheim — Damit er umlernt! Der Arbeiter Ludwig Matthes [...] wurde durch die Hilfspolizei festgenommen und in das Konzentrationslager nach Osthofen gebracht. Matthes hatte sich vor allem bei einem Reichsbannerüberfall auf Mitglieder der NSDAP im vorigen Jahre ‚rühmlichst‘ hervorgetan. Auch er dürfte bald einsehen, in wie verhängnisvollem Irrtum er sich seinerzeit befunden hat!“ (Zeitung „Landskrone“, 8. Mai 1933)

Die Jagd auf die Gegner geschah vor und in aller Öffentlichkeit, in Osthofen kam die weithin sichtbare Kennzeichnung des Gebäudes als KZ hinzu.

Im Mai und ein zweites Mal im September 1933 öffnete das KZ sogar seine Tore für Presseterminale. Die hessische Landesregierung kam damit den wiederholten Anfragen von Journalisten entgegen, die immer wieder um einen Besuchstermin des KZ gebeten hatten.

Das Ergebnis waren gleichlautende, ganzsei-

tige, bebilderte Beiträge, die in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht wurden. Sie sollten der Bevölkerung vorgaukeln, dass die Zustände im KZ nicht so schlimm wären wie vielleicht gemunkelt wurde. Beschwichtigung und zugleich Einschüchterung waren nun die obersten Prinzipien — nicht mehr die journalistische Sorgfaltspflicht. Eine freie Presse gab es nicht mehr, man ließ sich lieber mundtot machen als ein Schreibverbot zu riskieren. Die Journalisten schrieben: „[...] vor 6 Wochen stand hier eine seit Jahren stillgelegte Papierfabrik. Heute grüßen schon von weitem die Fahnen des neuen Reiches von hohen Flaggenmasten. [...] Das einzige hessische Konzentrationslager trägt ausgeprägten Erziehungscharakter. In zahlreichen Fällen, so betonte Dr. Best, hat unsere Methode die besten Früchte getragen. [...] Immer wurde uns versichert, dass Behandlung und Verpflegung durch SA und SS anständig ist, dass insbesondere die Dienstanweisung für die Wachleute: ‚Tätliche Maßregelungen gegen die Häftlinge haben unter allen Umständen zu unterbleiben‘, ausnahmslos eingehalten werden. Jeder Gefangene hat das Recht, bei dem Lagerleiter begründete Beschwerden oder Wünsche vorzubringen. [...] Für Unterhaltung sorgen Zeitungen und Radio.“ (Landskrone, 6. Mai 1933)

Dem sei eine Aussage des Häftlings Hans Fillsack gegenübergestellt, der beschrieb, dass vielen nichts mehr blieb, als angesichts der unmenschlichen Behandlung die Faust zu ballen. Sie hatten Tränen in den Augen „beim Ansehen müssen der Schikanen und Mißhandlungen, die vor allem Juden im Lager zugebracht waren.“ Der 1867 geborene deutsche Jude Ludwig Ebert war zwischen 1898 und 1915 Prokurist der seit 1927 stillgelegten Papierfabrik gewesen, um die nun Hakenkreuzfahnen wehten.

In einem Werkschutzbericht der Darmstädter Gestapo von 1937 heißt es: „Der Jude Ebert verstand es, als er noch in Osthofen wohnte, sich durch geldliche Unterstützung ärmerer Leute Sympathie zu verschaffen. Politisch Angehöriger der Deutschen Volkspartei, hat er aber auch die

Linksparteien unterstützt. 1933 war er vorübergehend im Konzentrationslager Osthofen inhaftiert“. Ebert verließ 1934 Osthofen und zog nach Worms, von dort im November 1938, nach den Pogromen, nach Frankfurt am Main. Doch selbst die weitere Flucht in die Niederlande konnte ihn nicht mehr schützen. Im März 1944 wurde der 77-jährige nach Auschwitz deportiert und dort unmittelbar nach der Ankunft ermordet.

## Lager II

Das KZ Osthofen wurde als Lager I bezeichnet, denn noch unter der Federführung von Best war ein Lager II eingerichtet worden. Es befand sich zunächst auf dem Gelände der Knieriem'schen Mühle in der Schwerdstraße, später im Amtsgerichtsgefängnis Osthofen. Dieses „Außenlager“ diente dem von Best so genannten und persönlich verhängten „verschärften Arrest“. Konkret be-

deutete dies die Isolierung einzelner Häftlinge von den Mitgefangenen und zugleich von der Außenwelt, jeglicher Besuch wurde verboten, es kam fast täglich zu Misshandlungen und weitgehendem Essensentzug. Letzteren konnten sie wegen des Besuchsverbotes auch nicht, wie die Häftlinge im Lager I, wenigstens ansatzweise ausgleichen. Diesen brutalisierten Haftbedingungen wurden besonders verhasste prominente Gegner des Regimes sowie Juden unterworfen. Als in Mörfelden Frauen in einer Demonstration die Freilassung ihrer Männer forderten, wurden 50 der als Kommunisten Inhaftierten in das Lager II verlegt.

Jene, die wieder in das Lager I zurückverlegt wurden, waren stark abgemagert, von Misshandlungen und Schlägen gezeichnet.

Der Häftling Michael Denk erinnerte sich: „Der Gauleiter Sprenger war da, da hat's schon gefroren, da haben wir da hinten im Lager II auf



*Alzeyer Nazigegner bei der Verhaftung und Abtransport in das nahegelegene KZ Osthofen*

Allgemeine Zeitung Alzey





dem Beton gelegen, nachher haben sie uns Strohsäcke gegeben, das war ja 'rundherum verdrahtet, mit Stacheldraht zu, die haben scharf geschossen links und rechts, der hat einen Schießstand 'draus gemacht, und da hatten sie hinten im Eck ein Klavier stehen, und nach dem Klaviertakt haben wir unsere Schläge gekriegt — Wiener Walzer gespielt und als druff.“

## Die Häftlinge

Die Verfolgung und Inhaftierung der politischen Gegner des Nationalsozialismus beruhte auf von langer Hand vorbereiteten Listen, auf denen deren Namen und Adressen verzeichnet waren. Hinzu kamen „spontane“ Verhaftungen, die in „vorausgehendem Gehorsam“ vorgenommen wurden. Die Polizisten und SA-Männer verhafteten somit auch ihnen persönlich bekannte Gegner der NSDAP—man übte Rache am politischen Feind.

Diese „Schutzhäftlinge“ wurden zunächst einige Tage in den bestehenden Gefängnissen, auf Polizeistationen, in den berüchtigten Kellern der SA und SS oder auch in den „Braunen Häusern“ — Parteizentralen der NSDAP z.B. in Worms oder Mainz — festgehalten, verhört, misshandelt. Die Häftlinge kamen aus dem ganzen Volksstaat Hessen mit seinen Provinzen Rheinhessen, Starkenburg und Oberhessen, es sind Häftlinge aus nahezu jedem Ort nachzuweisen. Per LKW, per Zug oder auch zu Fuß wurden sie dann nach Osthofen gebracht. Die „vorübergehende Erziehungsmaßnahme“ beinhaltete eben nicht, wie es die Zeitungen vorgaukelten, eine gute Verpflegung oder gar Weiterbildungsmaßnahmen für die jüngeren Häftlinge.

Mindestens 3.000 Menschen waren in den 15 Monaten, während derer das KZ bestand, eingesperrt, wobei die Namen und weitere persönliche Angaben von mehr als 1.200 Häftlingen vorliegen. Im Durchschnitt befanden sich etwa 250 Personen im KZ, wobei es sowohl Zeiten gab, in denen um die 400 Menschen in Ostho-

fen eingesperrt waren, als auch Monate wie den Juli 1933, für den die Zahl von lediglich 154 Häftlingen belegt ist. Seit April 1934 wurden neu Verhaftete immer seltener nach Osthofen verschleppt, sondern kamen verstärkt in das KZ Dachau und die Lager im Emsland, z. B. das KZ Aschendorfer Moor. Die Zahl der Inhaftierten sank schließlich. Kurz vor Schließung im Sommer 1934 befanden sich keine 100 Personen mehr im Lager.

Den wenigen erhaltenen Daten zufolge kann man davon ausgehen, dass etwas mehr als die Hälfte der Gefangenen der KPD angehörten. Hinzu kam ein Anteil von etwa einem Drittel SPD-Angehörigen; eine Minderheit waren jene Häftlinge, die bis dahin bei der Zentrumspartei oder als Separatisten, die zwischen 1919 und 1924 für eine unabhängige Rheinrepublik eingetreten waren, aktiv gewesen waren oder als katholische und protestantische Geistliche, Sinti sowie als „Zeugen Jehovas“ oder „Sieben-Tage-Adventisten“ verhaftet wurden. Diese letztgenannten Gruppen machten insgesamt nur einen sehr geringen Anteil an der Gesamtheit der frühen KZ-Häftlinge aus.

Der Anteil der jüdischen Inhaftierten war mit ungefähr 16 Prozent unverhältnismäßig hoch. In ganz Deutschland machten Juden ja nur 1 Prozent an der deutschen Bevölkerung aus. Juden wurden nicht nur aus politischen Gründen in „Schutzhäft“ genommen, sondern auch wegen freundschaftlichen oder intimen Beziehungen zu einer Nichtjüdin — von den Nazis als „Rassenschande“ gebrandmarkt.

Die Haftzeit betrug im Durchschnitt zwischen vier und sechs Wochen, doch es sind auch Fälle bekannt, in denen die Inhaftierung lediglich knapp zwei Wochen einerseits und andererseits fast ein Jahr dauerte. Manche Häftlinge wurden bereits kurz nach ihrer Entlassung erneut verhaftet, weil, wie Zeitungsmeldungen bezeugen, „keine Besserung“ der politischen Auffassung eingetreten sei. Keiner der Häftlinge hatte sich eines Verbrechens im rechtsstaatlichen Sinne schuldig gemacht.

Es gab keine Möglichkeit, Widerspruch einzulegen, es gab keine Stelle, bei der man sich beschweren konnte. Haft im KZ Osthofen bedeutete: Demütigungen, Misshandlungen und nicht zuletzt Verhöre, um weiteren Gegnern auf die Spur zu kommen.

## **Anordnungen der Gestapo Darmstadt**

Sonderkommissar Best wies in diversen Schreiben die Kreis- und Polizeiamter sowie die Polizeidirektionen darauf hin, dass zeitgleich mit der Einlieferung des Häftlings in das KZ Osthofen auf dem dafür vorbereiteten Formular bereits dessen Entlassungstermin anzugeben sei. Der Briefwechsel macht jedoch deutlich, dass diese Anordnung häufig unterlaufen wurde. Auch kam es zu Auseinandersetzungen um die Gründe der Inhaftierung, weil das KZ einzig für politische Gefangene gedacht war. Doch es kam vereinzelt vor, dass Häftlinge aus anderen als politischen — oder als politisch getarnten, grundsätzlich aber antisemitischen — Motiven nach Osthofen gebracht wurden. Dazu gehörten Menschen, die wegen Bettelei, Hausieren oder Wald- und Feldfrevel verhaftet wurden.

Mit diversen Durchführungsverordnungen sollte diese Situation — die auch Ausdruck eines Kompetenzgerangels zwischen Best, der Lagerleitung in Osthofen und der Polizei um die Einlieferung und die Entlassung der KZ-Häftlinge waren — beigelegt werden, was nicht umfassend gelang. Best wurde in die personalpolitischen Querelen zwischen dem Reichsstatthalter Sprenger mit der hessischen Landesregierung hineingezogen und zusammen mit dem hessischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Werner sowie dem Landespolizeiführer aus dem Dienst entlassen.

Best wurde vom Dienst suspendiert und stieg dennoch in der NS-Hierarchie weiter auf. Künftig organisierte er zusammen mit Reinhard Heydrich in München den Aufbau des „Sicher-

heitsdienstes des Reichsführers SS“ (SD). Best wurde Stellvertreter Heydrichs für die Politische Polizei; ab 1940 führte ihn sein Weg nach Frankreich und Dänemark, 1942 war er wieder im Reichssicherheitshauptamt (RSHA). 1951 aus dänischer Haft entlassen, lebte er bis zu seinem Tod 1989 in der Bundesrepublik. Gegen ihn angestregte Verfahren verliefen im Sande.

Das Amt des hessischen Landespolizeipräsidenten, das Best seit Sommer 1933 inne gehabt hatte, wurde aufgelöst und die Aufgabenbereiche auf verschiedene Ressorts aufgeteilt. Sein Nachfolger im Amt, Dr. Schulz, war nurmehr Leiter des Hessischen Staatspolizeiamtes, das über vergleichsweise geringe Kompetenzen verfügte. Schulz gab per Schreiben vom 12. Dezember 1933 der Kommandantur des KZ Osthofen bekannt, dass eine Staatspolizeistelle (Stapoleitstelle) eingerichtet werde. Deren Beamten wurde die formelle Überprüfung der Einweisungsverfügungen übertragen. Außerdem sollten sich Polizei- und Justizbehörden, Kreisämter und selbst die Gestapo stets dann an die Stapoleitstelle richten, wenn sie die Vernehmung eines „Schutzhaftgefangenen“ wünschten. Dort wurde über das Ersuchen entschieden — in der Regel sollte dem Wunsch nach einem Verhör entsprochen werden. Der Sportjournalist Richard Kirn, der auf Grund einer politischen Denunziation Anfang 1934 in Osthofen inhaftiert war, erinnerte sich: „Vor Überraschungen war man nie sicher. Eines Abends kam der Befehl zu mir: Sofort ins Büro! Das sind die Augenblicke, in denen einem das Herz stillsteht. Ins Büro kommen bedeutet selten Gutes.“ Die Häftlinge wurden entweder in das Büro der Stapoleitstelle im Obergeschoss des Haupthauses des KZ bestellt oder aber zur Gestapo nach Darmstadt gebracht.

In Osthofen waren bereits Misshandlungen üblich, bei der Gestapo hingegen wurde brutal gefoltert.

Am 11. Mai 1934 wurde die Stapoleitstelle wieder aufgelöst, das KZ wurde acht Wochen danach ebenfalls geschlossen.

## Der 1. Mai 1933

Aus propagandistischen Motiven wurden am „Tag der nationalen Arbeit“ – am 1. Mai im „Jahre eins“ der nationalsozialistischen Herrschaft – eine große Anzahl der seit Februar Inhaftierten entlassen. Nicht nur in Bayern oder Sachsen, auch in Osthofen war dies der Fall. Die Zeitung „Landskrone“ meldete, dass 115 Häftlinge aus dem KZ Osthofen nach Hause gehen durften, um zu beweisen, „dass [...] in ihnen nach wie vor Glieder der Volksgemeinschaft erblickt“ würden. Die Parteispitze hoffte auf einen nachhaltigen Effekt dieser Aktion – und verhaftete bereits am 2. Mai etliche der gerade Entlassenen erneut. Nach dem Verbot des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und der Zerschlagung der Gewerkschaften hatte man somit einen „Grund“ geschaffen, sie wegen verbotener politischer Betätigung zu inhaftieren.

## Die Wachmannschaft

Die Verwaltung des KZ Osthofen unterstand dem SS-Mann und Polizeidirektor der Stadt Worms, Heinrich Maria Jost. Er hatte den Sozialdemokraten Heinrich Maschmeyer ersetzt, der nach seiner Entlassung für mehrere Wochen nach Osthofen verschleppt wurde. Zur Belustigung der Passanten wurde er auf die Straße gesetzt, wo er Kaffee mahlen musste. Die Nazis wollten ihre Gegner nicht nur demütigen und einschüchtern, sondern sie machten sie in der Öffentlichkeit lächerlich, was den neuen Herrschern weitere Sympathien verschaffte. Verwaltungsführer des KZ war Heinz Ritzheimer, Eisenhändler aus Worms. Die Lagerwache rekrutierte sich aus Hilfspolizisten, wobei dies anfangs vor allem SA- und SS-Männer waren, die zu solchen ernannt wurden. Am 7. März 1933 vereidigte Best persönlich 99 SA- und 95 SS-Männer. Von diesen knapp 200 Männern waren täglich 55 im Einsatz, wobei sich die jeweilige Wachmannschaft für das KZ aus 40 bis 50 Personen zusammensetzte. Jeder von ihnen

wurde mit einem für damalige Verhältnisse recht guten täglichen Entgelt von fünf Reichsmark bedacht. Mancher arbeitslose NSDAP-Anhänger wurde dadurch sicherlich seiner vielleicht doch noch vorhandenen letzten menschlichen Skrupel beraubt. Es waren fast ausnahmslos Männer aus der näheren Umgebung und aus dem Volksstaat Hessen, die im KZ Osthofen ihren Dienst antraten. Albert Lehmann, der im KZ Osthofen inhaftiert gewesen war, meinte: „Die Wachen kamen von Worms, Osthofen, Seeheim, so 25 Jahre alt, keine alten.“

Nach der Herbstparade der SA im September 1933 in Nürnberg wurden die Differenzen zwischen SA und Parteispitze offenkundiger, und die SA-Wachleute wurden von SS-Männern ersetzt, die vor allem aus den SS-Kommandos in Darmstadt und Offenbach/Main stammten. Mit dieser Umbesetzung der Lagerwache ging eine Verschärfung der Haftbedingungen einher. Die neuen SS-Leute wurden, neben einem SS-Mann aus Oppenheim, in besonderem Maße mit Misshandlungen von Häftlingen und den brutalen Zuständen im Lager II in Verbindung gebracht. Der Osthofener Druckereibesitzer Karl d'Angelo – zugleich Herausgeber der „Osthofener Zeitung“ – war vom ersten Tag an Lagerleiter. Er war eine ambivalente Persönlichkeit. Häftlingsaussagen in schriftlicher und mündlicher Form heben dies immer wieder hervor. Albert Lehmann beobachtete den Kommandanten: „Den Lagerleiter d'Angelo habe ich nur gesehen, wenn er gekommen ist und hat die Zählung abgenommen. Der hatte so'n dreckiges Grinsen an sich. Er hat den ‚guten Vater‘ gespielt, hat getan, als wäre er gut zu uns. Das waren dann auch seine Sprüche. [...] d'Angelo war ein ‚guter Biedermann‘, aber ganz sauber war der nicht.“ D'Angelo war als Mitglied der NSDAP und Aktivist der ersten Stunde ohne Frage ein überzeugter Nationalsozialist, doch er gehörte nicht, wie die SS-Männer aus Offenbach, zu den berüchtigten Schlägern. Etliche Häftlinge bezeugen, er habe sich bisweilen sogar für vorzeitige Entlassungen eingesetzt. Einer von ihnen wurde entlas-



sen, obwohl er sich weigerte, als Spitzel für d'Angelo zu arbeiten. Dieser Aufrichtigkeit zollte der Kommandant anscheinend auf diese Weise Respekt. Diese seltenen menschlichen Regungen endeten jedoch grundsätzlich dann, wenn es um Juden ging. D'Angelo war überzeugter Antisemit. Weil der Kommandant im Gegensatz zur übrigen Wachmannschaft nicht auf dem Lagergelände wohnte, dürfte sich sein wohlwollendes Verhalten gegenüber einigen wenigen Insassen „seines“ Lagers kaum bemerkbar gemacht haben. Als Lagerleiter war er zudem unbestritten verantwortlich für die generellen Zustände im Lager und die Behandlung der Häftlinge durch die SA- und SS-Wachmänner.

### **Unterbringung und gesundheitliche Betreuung im KZ Osthofen**

„Nachdem das Lager notdürftig hergerichtet war, wurden aus den SA- und SS-Kellern die Häftlinge hierher gebracht. Für die Unterbringung dienten Betonbauten. In diese Räume wurde etwas Stroh geworfen und hier mussten die Ankömmlinge teils liegend, teils sitzend sich aufhalten. [...] Die Betonbauten waren in jenen kalten Märztagen weder geheizt noch hatten die Schutzhäftlinge genügend warme Kleidung, weil sie ohne Ankündigung von zu Hause geholt wurden“ — erinnerte sich ein Mitglied der KPD aus Mörfelden.

Die Haftbedingungen waren vor allem von der primitiven Unterbringung in dem leerstehenden, nasskalten, ungeheizten und zugigen Industriebauwerk bestimmt. Für die ersten Häftlinge waren weder Betten noch Decken oder gar warme Kleidung vorgesehen. Sie schliefen auf dem auch durch das Stroh kaum gemilderten nackten Beton. Allein diese Unterbringung hatte bei zahlreichen Häftlingen teils lebenslang anhaltende Blasen- und Nierenleiden sowie Erkrankungen der Atemwege zur Folge. Die Krankheiten führten wiederum dazu, dass viele Häftlinge nachts immer wieder raus mussten. An Schlaf

war daher in der Regel kaum zu denken. Toiletten gab es nicht, nur Latrinen im hinteren Hofteil. Zudem war der nächtliche Gang zur Latrine für einige Wachleute eine willkommene Gelegenheit, die betreffenden Häftlinge mit Beschimpfungen, Fußtritten und Schlägen zu malträtieren. Die hygienischen Zustände in der ehemaligen Papierfabrik waren auch insgesamt gesehen völlig ungenügend, denn das Gebäude war für die Unterbringung von bis zu 400 Menschen nur provisorisch hergerichtet worden. Es gab lediglich drei Wasserhähne mit kaltem Wasser; zum Waschen gab es keine Seife, die Häftlinge verwendeten statt derer Sand.

Erst nach etlichen Wochen wurden dann von den Häftlingen selber zweistöckige Pritschen aus dem Holz der nahegelegenen Holzmühle hergestellt.

Schilderten entlassene Häftlinge die Haftbedingungen in einem der KZ und wurden sie daraufhin denunziert, drohte ihnen erneut — und diesmal verschärfte — Haft. So wurde im Juli 1933 in Darmstadt ein Dachdecker vor dem dortigen Sondergericht angeklagt. Er hatte Sportkameraden erzählt, „im Lager Osthofen habe er seine Knüppel bekommen nach schönster Manier“. Seit 20. Dezember 1934, etwa ein halbes Jahr nach Schließung des KZ Osthofen, gab es zudem das „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen“. Die Sondergerichte konnten auf dessen Grundlage Berichte aus KZ als „unwahre oder gröblich entstellte Behauptung“ verfolgen, die das „Wohl des Reichs“ schädigen.

Die Haftbedingungen bedeuteten, zusammen mit den Misshandlungen, ein großes gesundheitliches Risiko für viele der Insassen. Doch die Presse berichtete im Mai 1933: „Täglich findet ärztliche Beratung statt. Jeder Ankommende wird sofort vom Arzt untersucht [...]“.

Obwohl der in Oppenheim niedergelassene Sturmbannarzt Dr. Reinhold Daum für die medizinische Betreuung im Lager zuständig war, konnte von ärztlicher Betreuung keine Rede sein. Wenn die gerade eingelieferten noch die Spu-

ren der vorangegangenen Misshandlungen am Körper trugen, stand auf dem ärztlichen Zeugnis trotzdem „gesund und hafffähig“ und so kamen sie teils sogar ins Lager II. Jene, die entlassen wurden, waren stets „gesund und arbeitsfähig“. Der „Lagerarzt“, wie Daum sich nannte, brach den hippokratischen Eid nicht nur mit jeder dieser Bescheinigungen, sondern zusätzlich noch dadurch, dass er bei kranken Häftlingen sogar die notwendigste ärztliche Hilfe unterließ.

## Lageralltag

Die Häftlinge in Osthofen durften normalerweise mittwochs und sonntags Besuch empfangen, ausgenommen die im Lager II isolierten Häftlinge. Ab Ende Februar 1934 wurden Besuche und jeder Postempfang verboten. Es war mehrmals zu Protestkundgebungen von Freunden und Verwandten der Inhaftierten gekommen, und dies endete stets damit, dass die Lagerwache die Besucher sogleich in Haft nahmen.

Wie alle frühen Lager war das KZ Osthofen kein Arbeitslager. Dennoch mussten die Häftlinge arbeiten, wurden für den Pritschenbau eingesetzt. Es gab dementsprechend eine Schreinerei, aber auch eine Schusterwerkstatt. Auch andere handwerkliche Tätigkeiten wurden hier auf Befehl ausgeübt.

Die Arbeitskraft der Häftlinge wurde außerhalb des Lagers ebenfalls sporadisch genutzt, wobei diese Arbeit in der Regel von vornherein ein demütigendes Element beinhaltete. So mussten Häftlinge in Worms die Folterkeller der Gestapo und der Polizei putzen. In Osthofen selber wurden sie zu Reinigungsarbeiten herangezogen, um kommunistische und andere politische Parolen von Häusern zu entfernen.

Die Mainzer Tageszeitung schrieb am 16. April 1933: „Auf die Feiertage reinigt jede Frau ihre Wohnung; die Gemeinde- und Stadtverwaltungen ihre Straßen. Um jedoch dem Passanten und dem (sic!) Ausflüglern die Erinnerung an die 14jährige Marxistenherrschaft und dessen (sic!)

vernichtenden (sic!) Folgen, Elend und Armut, zu entfernen, [...] sind heute mehrere Inhaftierte, dabei auch Juden aus dem hiesigen Konzentrationslager, mit Wasser, Bürsten und sonstigem Putzzeug an die Arbeit gegangen, [...]. Ein Hilfspolizist und viele Schaulustige waren Zeugen bei dieser ehrenamtlichen Arbeit.“

Für d'Angelo und andere Funktionäre aus der Umgebung erledigten die Häftlinge Arbeiten im Haus und Garten. Alle diese Tätigkeiten nutzten ausschließlich den Parteiorganen und -größen der Umgebung. Eine systematische Ausbeutung der Menschen gab es jedoch nicht. Für diese Arbeiten im so genannten Innen- und Außendienst wurden auf dem Appellplatz täglich Arbeitskommandos zusammengestellt. Das Wachpersonal schikanierte hierbei vor allem und mit sichtlicher Perfidie bekannte politische Persönlichkeiten der Weimarer Republik und Juden.

## Demütigung jüdischer Häftlinge

Juden stellten unter den Häftlingen einen sehr hohen Anteil, und sie hatten, wie sich die ehemaligen Häftlinge nahezu unisono erinnerten, auch besonders unter den Misshandlungen durch die Wachmannschaft zu leiden. Jüdische Häftlinge mussten als „Strafaktion“ tagelang auf einem mit Stacheldraht umzäunten Platz bis zur totalen Erschöpfung im Kreis laufen. Einzelne Wachmänner inszenierten Scheinerschießungen. Obwohl der antisemitische Terror auf den Straßen noch relativ verhalten war, wurden diese frühen KZ bereits für erste dezidiert antisemitische Quälereien genutzt. Während die Lagerleitung wie auch die Parteispitze bei den „Politischen“ auf „Umerziehung“ setzte, wurden Juden bereits als „Untermenschen“ behandelt. Der ehemalige Häftling Walter Deeg aus Gießen erinnerte sich z.B. an die fast täglichen Misshandlungen der Gebrüder Friedmann, zwei jüdische Hutfabrikanten aus Mainz.

Nicht alle der jüdischen Häftlinge waren aus politischen Gründen nach Osthofen gebracht

worden. Auch ist nicht anzunehmen, dass sie alle wegen linker politischer Aktivitäten inhaftiert wurden. Inhaftierte jüdische Ärzte oder Fabrikbesitzer standen ideologisch zumeist nicht den Linksparteien nahe, sondern vertraten eher bürgerlich-liberale Werte, waren in der Weimarer Republik Mitglieder der liberalen Parteien gewesen.

Viele der jüdischen Häftlinge wurden gezwungen, die ständig wieder vollsickernden Abortgruben mit dem eigenen Essgeschirr oder mit Konservendosen zu leeren. Im Laufschrift mussten die übervollen Kübel geleert werden, wobei nichts verschüttet werden durfte. Stolperte ein Häftling über das vorgestreckte Bein eines Wachmannes, waren ihm Spott und zumeist auch Prügel sicher.

Selbst jüdischen Frauen drohte man bereits mit dem KZ, wie in der „Mainzer Tageszeitung“ am 13. April 1933 zu lesen war: „Dieser Tage glaubte die Jüdin Karola Löw von Oppenheim [...], sie bekäme [...] einen Paß nach Mailand. Wir glauben, daß sie sich in der Wahl ihres Erholungsstädtchens geirrt hat. Es wäre vielleicht besser gewesen, sie hätte einen Paß für das Konzentrationslager in Osthofen beantragt. [...] Was nicht ist, kann noch werden.“

### **Der „prominenteste“ Häftling: Dr. Carlo Mierendorff**

Die Inhaftierung des ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten und früheren Sprechers des hessischen Innenministers Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, erregte international Aufsehen. Mierendorff kehrte nach einem kurzen Aufenthalt im schweizer Exil zurück, weil er sich für sein Land auf Grund seiner politischen Tätigkeit verantwortlich fühlte und aktive Opposition betreiben wollte. Er wurde am 13. 06. 1933 von der Gestapo verhaftet, als er in Frankfurt am Main an einem konspirativen Treffen in einem Café teilgenommen hatte. Von Frankfurt wurde er nach Darmstadt in die dortige berüchtigte Ge-

stapo-Zentrale gebracht. Nach tagelangen Verhören überstellte ihn die Gestapo am 21. Juni in das KZ Osthofen. Von den Mithäftlingen isoliert, wurde er in der darauf folgenden Nacht so schwer misshandelt, dass er für einige Wochen auf das „Krankenrevier“ verlegt werden musste. Dieses „Revier“ befand sich im ersten Obergeschoss des KZ-Hauptgebäudes. Die Tat wurde von der Wachmannschaft den kommunistischen Mitgefangenen Mierendorffs angelastet. Die genauen Umstände dieser Nacht werden sich jedoch nie mehr klären lassen. Fest steht: Es sollte Unfrieden zwischen den sozialdemokratischen und den kommunistischen Gefangenen geschürt werden.

Verhaftung und Misshandlung Mierendorffs setzten im Ausland, besonders in England und Spanien, eine Kampagne in Gang, um seine Freilassung zu bewirken. Neben anderen ersuchte auch der zweite Vorsitzende der Labourparty bei der Deutschen Botschaft in London um die Entlassung Mierendorffs und eine Ausreisegenehmigung nach England. Die Bitte wurde negativ beantwortet.

Nach der Zeit im „Krankenrevier“ wurde Mierendorff den Schreibern zugeteilt. Er musste Nägel, die andere Häftlinge auf Geheiß krumm geschlagen hatten, wieder gerade klopfen. Doch Mierendorff wusste seine Prominenz und sein Ansehen unter den Gefangenen auch zu nutzen und versuchte anscheinend über Kontakte zur Schreibstube den Arbeitseinsatz von Häftlingen im Außendienst zu beeinflussen, die somit eine Chance zur Flucht erhielten.

Mierendorffs Kontaktperson zur Außenwelt war Hedwig Bardorf, die Verlobte von Wilhelm Rösler, der im Raum Worms die illegale Arbeit der SPD organisierte. Hedwig Bardorf besuchte Mierendorff zwei Mal wöchentlich und war zugleich die Kontaktperson zu Mierendorffs Freund Emil Henk, der dem Widerstand im Raum Mannheim-Heidelberg angehörte. Somit war Mierendorff stets mit aktuellen Informationen versorgt gewesen. Nachdem er Anfang November 1933 von Osthofen in das KZ Börgermoor



*Dr. Carlo Mierendorff (l) und Emil Henk. Carlo Mierendorff und Emil Henk bereiteten nach der Entlassung Mierendorffs aus der Gestapohaft 1938 den Umsturz des NS-Regimes im Kreisauer Kreis und in der Bewegung „20. Juli 1944“ vor.*

Foto: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

verlegt wurde, hielt Frau Bardorf trotzdem weiterhin Kontakt mit ihm. In den folgenden Jahren durchlitt er noch die KZ in Papenburg und Lichtenburg. Am 10. 02. 1938 wurde er, nach fünf Jahren KZ-Haft, aus dem Berliner Gestapo-Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße entlassen. Seit 1939 war er der zentrale Verbindungsmann der SPD im Untergrund zu anderen Widerstandsorganisationen. So war er auch für den Kreisauer Kreis tätig. Am 4. Dezember 1943 kam er bei einem Bombenangriff auf Leipzig ums Leben.

### **Fluchten waren möglich**

Einigen Häftlingen gelang die Flucht aus dem Lager Osthofen. Ein jüdischer Häftling floh, Zeitzeugenberichten zufolge, beim Postgang. Ein

anderer, ebenfalls jüdischer Häftling, der schwer herzkrank war, nutzte einen Arbeitseinsatz in Worms, um zu fliehen. Er war am vorherigen Tag einer Scheinerschießung unterzogen worden.

Der ehemalige Kreissekretär der KPD in Worms, Wilhelm Vogel, war dazu abkommandiert, den auf der Straße geparkten Wagen von d'Angelo zu waschen. Vogel nutzte die Gelegenheit und setzte sich in das Saargebiet ab, das noch nicht zum Deutschen Reich gehörte.

Von langer Hand vorbereitet, von seiner Verlobten und Mitgefangenen sowie einigen Bürgern aus Osthofen unterstützt, gelang im Juli 1933 die Flucht des jüdischen Mainzer Rechtsanwalts Max Tschornicki. Er war bereits das zweite Mal in „Schutzhaft“ und unterlag als Jude einem Berufsverbot.

Er stand als Anwalt, der in der Weimarer Republik „Linke“ verteidigt hatte, als Mitglied der SPD, des Reichsbanners und nicht zuletzt als Jude auf der schwarzen Liste der Nazis.

Seine Flucht über die Mauer, die das KZ umgab, führte ihn zunächst nach Steinweiler in der Pfalz. Ein Auto hatte auf ihn gewartet und ihn dorthin gebracht, wo er sich einige Tage versteckt hielt. Schließlich ging er ins Saarland, das er nach dessen „Anschluss“ an das „Reich“ 1935 verließ und nach Frankreich weiterfloh.

Nach der Flucht von Tschornicki wurde im KZ Osthofen eine Besuchersperre verhängt, etliche Häftlinge, unter ihnen Carlo Mierendorff, kamen für 14 Tage in verschärften Arrest des Lagers II. Das Hauptlager selbst wurde strenger bewacht und der Appellplatz in den hinteren Teil des Geländes gelegt. Der vordere, von der Straße her einsehbarer Teil des Hofes wurde für die Häftlinge gesperrt. Die Häftlinge, die im Obergeschoss des Hauptgebäudes untergebracht waren und dank des Holzfußbodens etwas bessere Haftbedingungen hatten, wurden zu den übrigen Häftlingen in die hintere Fabrikhalle verlegt.

Die Flucht des Anwaltes ging durch die Presse, in der, vermutlich, um ihn damit zurückzulocken, mitgeteilt wurde, dass „seine Eltern und seine Braut im Laufe des gestrigen Tages in Haft genommen“ wurden.

Tschornicki floh nach dem Einmarsch der Deutschen in Frankreich 1940 weiter in den Süden des Landes, wo er jedoch 1942 von der Gestapo gefasst und mit unbestimmtem Ziel deportiert wurde. Wahrscheinlich ist er mit einem der Todesmärsche 1945 ins KZ Dachau gelangt und starb dort im April 1945, kurz vor der Befreiung des Lagers.

### **Anna Seghers: „Das siebte Kreuz“**

Die in Mainz geborene deutsche Jüdin Anna Seghers schrieb im Pariser Exil ihren weltbekanntesten Roman: „Das siebte Kreuz“. Auslöser waren vermutlich die Zeitungs- und Zeitzugen-

berichte über die gelungenen Fluchten aus dem KZ Osthofen sowie anderer Lager. Mit ihrem Roman setzte sie dem Konzentrationslager Osthofen ein literarisches Denkmal. Im Roman heißt das Lager in literarisch gewollter Verfremdung „Westhofen“. Anna Seghers bettete es ein in die ihr bekannte rheinhessische Landschaft und die dort anzutreffenden menschlichen Charaktere. Erzählt wird die Geschichte der Flucht von sieben Häftlingen, von denen nur einer ins rettende Exil gelangt. Von den sieben symbolischen Kreuzen, an denen die Häftlinge nach ihrer Ergreifung erhängt werden sollen, bleibt eines leer. Die Figuren, denen der entflohenen Georg Heisler begegnet, vermitteln ein authentisches Bild der unterschiedlichen Reaktionen der Bevölkerung Anfang bis Mitte der dreißiger Jahre auf die Situation im nationalsozialistischen Deutschland, auf die Konfrontation mit Terror und Verfolgung. Der regionale Bezug – die Handlung spielt in Rheinhessen, in Mainz, in Frankfurt – macht wiederum deutlich, dass der Nationalsozialismus eben Alltag war.

In dem 1942 im mexikanischen Exil von Anna Seghers veröffentlichten Roman symbolisiert das KZ Westhofen Misshandlung und Mord im nationalsozialistischen Lagersystem schlechthin. Im realen KZ Osthofen ist jedoch keiner der Häftlinge ums Leben gekommen.

### **Juli 1934: Das Konzentrationslager Osthofen wird aufgelöst**

Die ersten der frühen Konzentrationslager – unter ihnen viele der „wildern KZ“ – wurden bereits ab Mai 1933 wieder aufgelöst. Zwischen Mai und Oktober 1933 wurden mindestens 34 dieser frühen Lager wieder geschlossen, darunter z. B. auch das in Neustadt/Weinstrasse.

Die Schließungen erfolgten aus mehreren Gründen. Zum einen gab es auf Grund der Etablierung des NS-Systems einen Rückgang der Schutzhäftlinge und zum anderen wurden die KZ durch die Schaffung neuer Straftatbestände

„entlastet“ und politische Häftlinge vermehrt der Justiz übergeben, die sie dann per Urteil in Zuchthäuser und Gefängnisse einwies. Die Parteispitze erhoffte sich auch einen positiven propagandistischen Effekt, denn dadurch wurden der ausländischen Presse und den Berichterstatern der Exilpresse Unglaubwürdigkeit unterstellt, weil diese wiederholt Terror, willkürliche Verhaftungen und die Haft in KZ angeprangert hatten. Außerdem sollte das System der Lager vereinheitlicht und zentral organisiert werden – was durch den Kommandanten des KZ Dachau, Eicke, auch geschah.

Bis Anfang Mai 1934 wurden 14 weitere der frühen Lager geschlossen. Der politische Widerstand war bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend zerrieben und musste sich immer wieder neu organisieren.

Das KZ Osthofen schloss im Juli 1934 seine Lagertore. Die Staatspolizeistelle Darmstadt meldete für Anfang August 1934 noch 84 Schutzhäftlinge, die wohl weitgehend in Osthofen untergebracht waren, nach Berlin. Bis auf 13 Personen wurden alle amnestiert und vorübergehend entlassen. Die verbliebenen Häftlinge kamen entweder in das Staatspolizeigefängnis nach Darmstadt, in das KZ Dachau oder in eines der Emslandmoorlager. Manche der aus Haft Entlassenen bangten bis Kriegsende 1945 um Leib und Leben; einige mussten sich periodisch – zum Teil mehrmals täglich – auf ihren Gemeindeverwaltungen melden und wurden auf Schritt und Tritt überwacht. Beim kleinsten „Vergehen“ drohte oder erfolgte die erneute Verhaftung. Ehemalige Häftlinge des KZ Osthofen kamen auf diesem Wege in andere, nun noch weitaus schlimmere KZ oder in eine der berüchtigten Strafkompagnien, beispielsweise das Strafbataillon 999. Viele von ihnen kamen auf diese Weise noch ums Leben.

Die Auflösung des KZ in Osthofen bedeutete nicht das Ende der Karriere des Lagerleiters oder der Wachmänner im Dienst der Nationalsozialisten. Die Männer wurden vorübergehend in den Räumen der Gestapo Darmstadt in der

Riedeselstraße untergebracht und manche in die hessischen Wach- und Sonderkommandos eingegliedert. Nach der Auflösung dieser Kommandos im Sommer 1935 wurden sie schließlich – vorausgesetzt, sie erfüllten das Kriterium einer langen NSDAP-Mitgliedschaft – in Polizeiämtern, Ministerien und Stapoleitstellen untergebracht. Andere wieder verdingten sich in anderen KZ erneut als Wachmänner. Es gab eine Vereinbarung, nach der 50 hessische SS-Leute in das Wachpersonal des KZ Dachau aufgenommen werden sollten, doch bis Ende September 1935 hatten erst drei ihren Dienst in Dachau angetreten. Einer von ihnen war der ehemalige Lagerleiter in Osthofen, Karl d'Angelo und ein anderer der frühere Verwaltungsführer Heinz Ritzheimer.

Für d'Angelo endete jedoch seine Karriere im KZ-Dienst im KZ Dachau. Gründe hierfür lagen genug vor. Er betrieb Kumpanei und versuchte, ihm bekannte hessische SS-Männer nach Dachau einzuschleusen. Zudem sagte ihm sein Vorgesetzter Eicke nach, er sei zu weichlich. Dieser bescheinigte ihm, er sei für diesen Dienstzweig völlig ungeeignet. D'Angelo wurde gerügt, erhielt Uniformverbot und wurde schließlich von Dachau wegversetzt. Sein Engagement für den Nationalsozialismus wurde jedoch anerkannt und so wurde er schließlich sogar Polizeidirektor in Cuxhaven. Dort wurde ihm jedoch nachgesagt, dass er Lebensmittel entwendet habe und so wurde er auf eigenen Wunsch in die Polizeidirektion Heilbronn versetzt. In den letzten Kriegstagen kam er unter ungeklärten Umständen ums Leben. Seine Leiche wurde in Gernsheim aus dem Rhein geborgen, sein Motorrad hingegen lag auf der Wormser Rheinbrücke.

Heinz Ritzheimer blieb fast bis Kriegsende 1945 Verwaltungsführer in deutschen Konzentrationslagern. Stationen seiner Laufbahn waren unter anderem die KZ in Dachau, Buchenwald, Lichtenburg, Flossenbürg, nicht zuletzt Auschwitz. Nach einer vierjährigen Haftzeit im alliierten Internierungslager Darmstadt stufte ihn die dortige Spruchkammer im Entnazifizierungsverfah-

ren 1949 als „minderbelastet“ ein und entließ ihn aus der Haft. Er starb 1964 in einem Wormser Krankenhaus.

Der „Lagerarzt“ Dr. Daum avancierte als SS-Mediziner bis zum Obersturmbannführer. Auch der gebürtige Osthofener Heinrich Worster, der von Anfang bis Ende im KZ in seiner Heimatstadt als Wachmann tätig war, hatte seine Karriere dort erst begonnen. 1943/ 1944 war er im KZ Lublin als Verwaltungsleiter tätig. Über seine Tätigkeit in Lublin heißt es in einer Zeugenaussage: „Am 3.10.1943 wurden auf Befehl von SS-Polizeiführer Slobotnik alle Juden von Lublin und Umgebung erschossen (ca. 19.000 unterschiedlichen Alters und Geschlechts). Die Exekution wurde durch SD und Waffen SS durchgeführt. Zu den Haupt-SS-Verbrechern in Lublin gehörten: [hier folgen zehn Namen u.a. der von SS-Hauptsturmführer Worster.]“

KZ wie das in Osthofen trugen dazu bei, dass sich das verbrecherische Regime der Nazis etablieren konnte. Die Folgen waren fürchterlich.

Wolfgang Benz (TU Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung) betonte in seiner Ansprache anlässlich der Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 1998 in der Gedenkstätte KZ Osthofen:

„Die Dimension des KZ Osthofen reichte nicht an die späteren Vernichtungslager heran. [...] Ohne die Alltäglichkeit der Lager wie Osthofen, [...], ohne die Gewöhnung der Mehrheit an Ausgrenzung, Diskriminierung und Vernichtung Unerwünschter durch solche Stätten inmitten der bürgerlichen Lebenswelt, inmitten des Alltags der Deutschen, hätte es Auschwitz nicht gegeben.“

*Bei der Karte (Umschlagrückseite) handelt es sich um die Reproduktion eines Archivstückes des Hessischen Landesvermessungsamtes, Wiesbaden, das den Volksstaat Hessen in den Grenzen von 1918 bis 1945 mit den Provinzen Rheinhessen, Starkenburg und Oberhessen (in der Karte weiß unterlegt) zeigt. 1933 wurde der Volksstaat Hessen in Hessen umbenannt, sein Landtag wurde 1934 auf Grund des „Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches“ aufgelöst.*

## Literatur:

- Anatomie des SS-Staates, hrsg. von Hans Buchheim, Martin Broszat, u.a., München 1994
- Angelika Arenz-Morch, „Zur Erziehung ist eine längere Schutzhaft nötig“. Das Konzentrationslager des Volksstaates Hessen im rheinhessischen Osthofen, in: Sachor. Beiträge zur jüdischen Geschichte und zur Gedenkstättenarbeit in Rheinland-Pfalz 9 (1995), S. 46–64
- Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969ff
- Klaus Drobisch/Günther Wieland, System der NS-Konzentrationslager 1933–1939, Berlin 1993
- Jakob Goldstein u.a., Individuelles und kollektives Verhalten in Konzentrationslagern, Frankfurt am Main 1990
- Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1974ff
- Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, 2 Bände, hrsg. von Ulrich Herbert, Karin Orth und Christoph Dieckmann, Göttingen 1998
- Gudrun Schwarz, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt am Main 1996
- Anna Seghers, Das siebte Kreuz, Berlin 1993
- Wolfgang Sofsky, Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager, Frankfurt am Main 1997
- Alexander Stephan, Anna Seghers. Das siebte Kreuz. Welt und Wirkung eines Romans, Berlin 1997  
(Stand: März 1999)

*Karte des Volksstaates Hessen*

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P9 Nr. 241